Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 1.60 Mark, vierteljährlich 4.80 Mark, durch die Post 4.50 Mark ausschließl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernruf der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142, der Bezugs-Abteilung Nr. 1133; Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4609.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Zweiundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen
werd. d. 7gespalt. 38 mm br. Kolonelzeile oder deren Raum mit 40 Pf. berechnet u. in unseren Annahmestellen u. allen Anzeigengeschäften angenommen. Reklamen die 92 mm breite Zeile 1.25 Mk. Anzeigen-Annahmeschluß vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-Nr. abends 6 Uhr. Abbestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftleit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Braunhausstr. 17. Neben-Geschäftsstell.: Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 559. Halle, Freitag, den 29. November. 1918.

Sturmszenen im Reichstage.

Der Kampf um die Zusammensetzung des Berliner Vollzugsrates der Arbeiter- und Soldatenräte.

Hindenburgs neuester Mahnruf.

WTB. Berlin, 28. Nov. (Drahtnachricht.) Generalfeldmarschall von Hindenburg hat folgenden Aufruf an das Feldheer gerichtet:

Soldaten, die ihr mehr als vier Jahre lang treu in Feindesland ausgehalten habt, denkt daran, wie unendlich wichtig es für Heer und Heimat ist, daß die Rückführung der Armee und Sammlung ihrer Verbände sich in vollster Ordnung vollzieht. Nur wenn jeder einzelne von euch treu auf seinem Posten bleibt, bis die Stunde der Entlassung für ihn gekommen ist, wird es gelingen, die mannigfachen Reibungen zu überwinden, welche die Rückführung solch gewaltiger Heeresmassen mit sich bringt. Soldaten, die ihr so oft in Zeiten des Kampfes selbstlos euer eigenes Ich dem Wohle des Ganzen untergeordnet habt, vergeßt auch jetzt nicht, daß die Heimat in letzter Stunde von euch Opfer fordert. Sie sind gering gegenüber all dem, was ihr in den vier langen Jahren des Krieges geleistet habt. Alle, außer den Jahrgängen 1896 bis 1899, die zunächst bei den Fahnen bleiben sollen, werden so schnell wie möglich entlassen werden. Laßt euch nicht verführen, vorzeitig und eigenmächtig eure Truppenteile zu verlassen. Vergegenwärtigt euch stets, zu welchen Schwierigkeiten bei Unterbringung und Verpflegung sowie im Abtransport es kommen muß, wenn jeder einzelne von euch regellos nach Hause strebt. Ordnung und Zusammenhalt ist jetzt wichtiger denn je. Nur so wird eine glatte Zurückbeförderung des Feldheeres nach dem östlich des Rheins zunächst vorgesehenen Unterbringungsräumen möglich sein. Von dort ist der Weitertransport der Verbände mit der Eisenbahn oder durch Fußmarsch vorgesehen. Mit Rücksicht auf die große Anhäufung von Truppen und die beschränkten Transportmöglichkeiten kann dies nur allmählich erfolgen. Längere oder kürzere Wartezeiten bei oft beschränkter Unterkunft werden sich für ganze Formationen nicht vermeiden lassen. Auch hier: habt Geduld und Vertrauen. Es wird jeder von euch so frühzeitig zu seinem Ersatztruppenteil befördert werden, als die Mittel es gestatten. Seid versichert, daß die Oberste Heeresleitung in Verbindung mit den Heimatsstellen alles aufbietet, um euch sobald als möglich euren Angehörigen zuzuführen. Doch eins tut not hierbei: Ruhe und Ordnung.

gez. von Hindenburg.

Solf noch nicht zurückgetreten.

r. Köln, 28. Nov. (Priv.-Tel.) Ueber einen etwaigen Rücktritt des Staatssekretärs Dr. Solf ist bis heute abend in Berlin noch nichts bekannt geworden. Jedenfalls ist auch noch keinerlei Entscheidung getroffen worden. Auf jeden Fall kann festgestellt werden, daß die Drohungen Eisners nicht den Erfolg haben und haben können, den Rücktritt des Staatssekretärs zu veranlassen.

Kaiser Wilhelm ernstlich erkrankt.

Basel, 28. November. (Eigene Drahtnachricht.) Laut Berner Tagblatt meldet Daily Expreß aus Amsterdam: Der ehemalige deutsche Kaiser ist an der spanischen Grippe ernstlich erkrankt und muß das Bett hüten.

Formaler Thronverzicht Kaiser Wilhelms?

Berlin, 28. November. (Eigene Drahtnachricht.) Angesichts des Umstandes, daß bisher kein formeller Thronverzicht Kaiser Wilhelm II. und des Kronprinzen vorliegt, sondern nur jenes Telegramm des Kaisers, das an den Prinzen Max von Baden gerichtet war, und in welchem der Rücktritt des Kaisers und des Kronprinzen ausgesprochen wurde, hat sich die deutsche Regierung mit Wilhelm II. in Verbindung gesetzt, um ihn zu einer Erklärung des Thronverzichts für sich und den Kronprinzen zu veranlassen. Nach einer allerdings bisher noch nicht bestätigten Meldung soll bereits ein solcher formeller schriftlicher Verzicht Wilhelm II., für seine Person eingetroffen sein.

Ernste militärische Unruhen in Düsseldorf.

Ein Posten erschossen.

k. Hamburg, 28. Nov. (Eig. Drahtnachricht.) Das „Hamburger Fremdenblatt" meldet aus Düsseldorf: Zu ernsteren Unruhen kam es im Laufe des gestrigen Nachmittags und Abends in Düsseldorf. Gegen 2 Uhr rückte das Reserve-Regiment Nr. 39 in Düsseldorf ein. Schon beim Passieren der Rheinbrücke geriet ein dort aufgestellter Posten des A.- und S.-Rates in Auseinandersetzungen mit einem Hauptmann des Regiments, in deren Verlauf dieser den Posten erschossen hat. Einer Darstellung nach soll der Posten das Regiment aufgefordert haben, die Waffen abzulegen. Nach einer anderen Lesart hat der Offizier den Posten veranlassen wollen, das rote Abzeichen abzulegen. Jedenfalls scheint bei den Truppen eine starke Mißstimmung gegen den A.- und S.-Rat bestanden zu haben, die durch den Vorfall an der Rheinbrücke noch gesteigert wurde. Das Regiment zog dann nach der Kaserne nach der Tannenstraße, wo die Wache gestürmt wurde. Hier sind zwei Soldaten verwundet worden. Bei Einbruch der Dunkelheit zog eine größere Abteilung des Regiments zum Marktplatz, um vom Rathaus die rote Fahne herunterzuholen. Dort hatten sich inzwischen Angehörige des Freiwilligen-Regiments eingefunden. Es wurden einige Schüsse gewechselt, die jedoch keine Opfer forderten. Die Menge konnte zerstreut werden. Mannschaften des Freiwilligen-Regiments patrouillierten noch lange auf den Straßen und verhinderten Ansammlungen. Gegen 7 Uhr war die Ruhe völlig wiederhergestellt.

Ludendorffs Drohungen gegen Oesterreich.

Drohung mit der Kriegserklärung.

Wien, 28. November. (Eigene Drahtnachricht.) Der Korrespondent des „Neuen Wiener Journals" erhält von einer Persönlichkeit, welche in den letzten Wochen eine Unterredung im Wiener Auswärtigen Amt hatte, eine Mitteilung, nach der Graf Czernin im Jahre 1917 als Minister des Aeußeren im Auftrage des Kaisers Karl in Berlin bei Kaiser Wilhelm war und erklärte, Oesterreich stehe am Ende seiner militärischen und wirtschaftlichen Kraft. Infolgedessen legte Graf Czernin Kaiser Wilhelm auf das dringlichste nahe, wenn auch mit großen Opfern, Frieden zu schließen. Kaiser Wilhelm sandte den Grafen Czernin in das Große Hauptquartier, wo Hindenburg sich [illegible] Ludendorff aber erklärte: Ich bin der Ansicht, daß lediglich das unglückliche Verwaltungssystem an der pessimistischen Auffassung schuld ist. Ludendorff erklärte sich bereit, der Verwaltung Oesterreich-Ungarns während der Kriegszeit deutsche Kommissare zu attachieren. Graf Czernin erschien später wieder im Großen Hauptquartier und erklärte, Oesterreich-Ungarn könnte gezwungen sein, bei weiterer Fortsetzung des Krieges einen Sonderfrieden zu schließen. Ludendorff erhob sich und sagte, daß an dem Tage, an welchem Oesterreich-Ungarn einen Sonderfrieden schließe, es die Kriegserklärung Deutschlands zu gewärtigen hätte. Einen solchen Treubruch könnten wir nur mit dem Beginn der Feindseligkeiten beantworten. Graf Czernin brach das Gespräch ab, kehrte nach Wien zurück und erklärte Kaiser Karl: Unser Schicksal ist auf Tod und Leben mit dem Deutschlands verbunden. Wir können nicht anders als an seiner Seite ausharren.

Die Vorgänge in Lennep.

r. Köln, 28. Nov. (Priv.-Tel.) Die „Köln. Ztg." meldet aus Lennep: Der von den durchziehenden Fronttruppen beseitigte Arbeiter- und Soldatenrat ist heute nach Verhandlungen, an denen außer den A.- und S.-Räten auch Vertreter des A.- und S.-Rates beim Generalkommando in Münster teilnahmen, wieder eingesetzt worden mit der Maßgabe, daß der Soldatenrat fortan die Geschäfte im Bezirkskommando lediglich als prüfendes Organ überwacht. Der Sicherheitsdienst wird fernerhin von dem Soldatenrat versehen werden. Der Arbeiterrat bleibt ebenfalls bestehen, doch schweben Verhandlungen, die eine Hinzuziehung auch nichtsozialdemokratischer Arbeiter zum Ziele haben.

Schlesische Landwirte gegen die Streikenden in Oberschlesien.

Breslau, 28. November. (Eigene Drahtnachricht.) Die Landwirte-Versammlung des Kreises Strehlen faßte nach der „Schlesischen Tagespost" eine Entschließung, daß die Bauern bei Fortsetzung des verbrecherischen Bergarbeiterstreiks die Lebensmittelbelieferung des oberschlesischen Industriebezirks einstellen sollen.

Gegen die tschecho-slowakischen Ansprüche auf den reichsdeutschen Anteil des Bistums Olmütz in den Kreisen Leobschütz und Ratibor hat der dortige katholische Klerus energisch Protest erhoben.

Die Preßfreiheit in München.

k. Hamburg, 28. Nov. (Eig. Drahtnachricht.) Unter der Ueberschrift „Preßfreiheit" schreibt die „München-Augsburger Abendzeitung": Gestern mittag überfielen vier Soldaten, die sich als Beauftragte des Arbeiter- und Soldatenrates ausgaben, unsere Redaktion und erzwangen sich unter Drohungen eine Aussprache über unseren Leitartikel über die Abschaffung der Soldatenwirtschaft. Obgleich ihre mangelhafte Legitimation sofort festgestellt wurde, fuhren sie fort, zu drohen, daß das Erscheinen der Zeitung mit Gewalt eingestellt werden würde, wenn nochmals solche Artikel veröffentlicht würden. Wir richteten an das bayerische Kriegsministerium und insbesondere an den Ministerpräsidenten die dringliche Anfrage, ob die jetzige Regierung die Macht besitzt, die Freiheit der Presse wirklich sicherzustellen.

(Hbg. Fremdenbl.)

Den Frauen!

Die deutsche Frau, in der wir bisher zumeist nur die Hausfrau oder doch die künftige Hausfrau sahen, selbst wenn sie in fleißiger körperlicher oder geistiger Arbeit ihr täglich Brot verdiente, ist politisch gleichberechtigt geworden. Wonach einzelne Frauenorganisationen seit Jahren strebten, ist in Erfüllung gegangen. An dem gesamten politischen Leben wird die Frau künftig beteiligt sein. Sie wird teilhaben an allen wichtigen Entscheidungen über die Geschicke des Vaterlandes. Ihre Stimme wird indirekt von Einfluß sein auf die Frage: Krieg oder Frieden. Eine Entwicklung, die unter anderen Umständen noch Jahre gebraucht haben würde, hat sich jetzt in kürzester Frist vollzogen. In dem rasenden Tempo der politischen Umwälzung ist es bisher nicht genügend gewürdigt worden, daß die Frau politisch jetzt so ganz anders dasteht, als noch vor wenigen Wochen. Vielen Frauen, besonders denen der bürgerlichen Kreise, wird es gewiß noch nicht völlig klar sein, daß sie durch den Novembersturm ein politischer Machtfaktor ersten Ranges geworden sind.

Die deutsche Frau steht gewissermaßen vor einer neuen Welt. Die alte Zeit ist auch für sie vergangen. In dieser vergangenen und abgeschlossenen Zeit wurde uns so recht klar, was die Frau im Leben des ganzen deutschen Volkes darstellt. Oftmals bäumte sich das ganze Innere der Frau auf vor Schmerz, wenn sie den Gatten, den Bruder oder den Geliebten verlor. Sie mußte sich entsagungsvoll fügen, den Schmerz tapfer niederringen und ihrem Leben neuen Inhalt zu geben versuchen. Als Mutter und Gattin lebte sie stets in banger Sorge; die 24 Stunden des Tages erhielten in der steten Sorge doppelte Länge. Immer wieder erwartete sie den Postboten mit der bangen Frage auf den Lippen: Lebt er noch? Und diese gewaltigen Anforderungen an die Nerven dauerten vier lange Jahre hindurch und noch länger! Mit welcher rührenden Geduld, mit welcher sorgsamen Liebe versah die deutsche Frau trotz der größten wirtschaftlichen Entbehrungen ihre Pflicht als Hausfrau! Mit dem weiteren Ausbau des Heeres im Verlaufe des Krieges steigerte sich auch die Zahl der erwerbstätigen Frauen. Was man vor dem Kriege kaum für möglich gehalten hatte, wurde Wirklichkeit. Ueberall ersetzte die Frau durch Fleiß, Geschicklichkeit und Energie den fern der Heimat weilenden Mann. Nicht selten konnte man die Frau auf dem Acker hinter dem Pfluge sehen, in den Verwaltungsstuben der Kriegsindustrie und in den Amtslokalen aller Behörden wurde sie immer mehr eine gewohnte Erscheinung. In den Maschinensälen, im Handwerk und im Gewerbe griff die Frau ein und sorgte zu einem guten Teile dafür, daß das deutsche Wirtschaftsleben nicht ins Stocken geriet. Der Arbeit der Frau verdanken wir es sehr wesentlich, daß wir mehr als 50 Kriegsmonate leidlich überstanden. In der Geschichte des größten aller Kriege wird der Frau einst ein besonders ausgedehntes und ehrenvolles Kapitel gewidmet sein müssen.

Die neue gleichberechtigte Stellung der Frau ist redlich verdient. Es ist aber nicht nur ein Recht, das der deutschen Frauenwelt in den hinter uns liegenden stürmischen Tagen zugefallen ist. Auch die Zahl der Pflichten hat sich für sie vermehrt. Mehr als bisher muß die deutsche Staatsbürgerin den Vorgängen in der Kommune, im Staate und im Reiche Interesse entgegenbringen. Deutsche Frau, sei wach! muß die Parole für unser ganzes weibliches Geschlecht lauten. Auch für die Frau heißt es jetzt, Klagen um Zerstörtes und Verlorenes aufgeben und dafür mitraten und mittaten an dem politischen und wirtschaftlichen Aufbau unseres Vaterlandes. Noch mehr als in der abgeschlossenen alten Zeit ist die Frau jetzt Weggenossin und Mitstreiterin des Mannes. Seite an Seite werden Mann und Frau künftig einzutreten haben für die Rechte und Pflichten des ganzen Volkes in der Gegenwart wie auch in der Zukunft. Nicht weniger als 40 Millionen Wähler werden in den nächsten Monaten an die Wahlurne zu treten haben, um dem Mann oder — der Frau ihres Vertrauens ihre Stimme zu geben. Vaterländische Pflicht erheischt besonders in den kommenden Wintermonaten regste politische Anteilnahme. Keine Frau darf sich davon ausschließen. Die künftige Wahlbeteiligung der Frau wird ein Gradmesser sein für die Art, wie das weibliche Geschlecht die ihm neu erwachsenen politischen Pflichten auffaßt. Schon jetzt muß sich eine jede Frau die Frage vorlegen: Wo gehöre ich politisch hin? Die politisch gewordene Frau des Deutschen Reiches kann unmöglich ihren Anschluß bei den Parteien der Rechten suchen. Sie

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19181129011/fragment/page=0001

kann als wärmer empfindendes Wesen unmöglich Parteien unterstützen, deren Vertreter den Krieg priesen und die seit Jahrzehnten durch ihre Auslassungen in Wort und Schrift dazu beigetragen haben, daß sich in der übrigen Welt eine solche Menge von Haß gegen unser Vaterland ansammelte. Und auf der anderen Seite kann die bürgerliche Frau ihr politisches Unterkommen auch nicht bei der Sozialdemokratie finden, die Arm in Arm mit Liebknechtianern und Spartakusleuten die Herrschaft einer einzelnen Klasse aufrecht erhalten und dem Bürgertum das Recht der Gleichberechtigung verweigern. Die deutsche Frau muß mit dafür eintreten, daß die **Nationalversammlung baldigst einberufen** wird, um wieder einen **gesetzlichen Zustand** zu schaffen, der **Freiheit und Gleichberechtigung** mit sich bringt. Mit dem Stimmzettel in der Hand kann die Frau dafür sorgen, daß Volksvertretungen geschaffen werden, die ihre äußerste Kraft dafür einsetzen, daß die Ideen eines aufrichtigen Völkerbundes sich verbreiten und furchtbare Kriege vermieden werden. Die deutsche Frau kann die **beste Staatsbürgerin der Welt werden**, wenn sie mit all dem Eifer, der sie ziert, für die **Ideale der demokratischen Menschheit** eintritt. Allen bisherigen Streitern für diese Ideale wird sie eine willkommene Kampfgenossin sein!

Carl Helms.

Das ganze deutsche Volk soll schuldig sein.

WTB. **London, 27. November.** Zu dem Artikel des „Vorwärts" über die Verantwortung des Exekutivkomitees für den Frieden schreibt „Westminster Gazette": Es ist leicht für den „Vorwärts", den Kaiser jetzt, wo man es ungefährdet tun kann, als Lügner zu brandmarken. Aber wir dürfen nicht vergessen, daß diplomatische Dokumente schon bei Ausbruch des Krieges die Schuld Deutschlands so klar, wie es nur irgend sein könnte, feststellten. Einige Einzelheiten sind neu. Aber im großen ganzen ist dem nichts hinzugefügt, was wir nicht schon seit langem wissen. Von Anfang an war jedem der Zusammenhang klar, dem deutschen Volke wie uns. Es ist nutzlos, zu behaupten, daß die ganze Nation irregeführt wurde. Das deutsche Volk begrüßte den Krieg, solange es an den Sieg glaubte; es unterstützte die Militärpartei durchweg. Es ist nutzlos, zu behaupten, daß durch die Enthüllungen Bayerns seine Augen erst geöffnet wurden.

Die Lage in Posen.

WTB. **Posen, 27. November.** In der Note des Staatssekretärs Dr. Solf vom 23. 11. ist folgender Satz enthalten: Die deutsche Regierung muß den vom Präsidenten aufgestellten Grundsätzen gegenüber feststellen, daß die von der französischen Regierung in Elsaß-Lothringen getroffenen Maßregeln ebenso wie das Verfahren der Polen in den örtlichen Grenzgebieten Deutschlands und einzelne Maßnahmen der nichtdeutschen Bestandteile des ehemaligen Oesterreich-Ungarn gegen die Deutschen nichts anderes sind als Versuche, **den Entscheidungen der Friedenskonferenz mit Gewalt vorzugreifen.** Der Arbeiter- und Soldatenrat in Posen erklärt dazu: Soweit es sich um die östlichen Grenzgebiete Deutschlands handelt, stellen wir fest, daß die Behauptung des Staatssekretärs über das Vorhandensein von Bestrebungen, die den Entscheidungen der Friedenskonferenz mit Gewalt vorgreifen wollen, **jeder Grundlage entbehrt.** Der Arbeiter- und Soldatenrat hat wiederholt erklärt, daß beunruhigende Gerüchte über die Verhältnisse in der Provinz Posen, über gewaltsame Lostrennungsbestrebungen von unverantwortlichen Elementen verbreitet werden. Wir verwahren uns aufs schärfste dagegen, daß in einer amtlichen Note derartige haltlose, mehrfach wiederlegte Behauptungen vorgebracht werden.

Die Haltung der Kurländischen Besatzung.

Für baldige Einberufung der Nationalversammlung.

WTB. **Mitau, 27. November.** Eine von 2100 Soldaten der Garnison Mitau besuchte Versammlung beschloß nach einem Vortrag ihres Präsidenten Robert Albert folgende Kundgebung an alle Soldatenräte und an die Regierung: „Der Soldatenrat von Mitau, hinter dem das ganze Besatzungsheer Kurlands steht, erklärt einmütig, daß er die neue Reichsregierung mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln in ihren Bestrebungen unterstützen wird. Er gibt der sicheren Erwartung auf **baldige Einberufung der konstituierenden Nationalversammlung** Ausdruck und protestiert energisch gegen die Versuche von Minderheitsgruppen, an Stelle der durch die Revolution überwundenen Klassenherrschaft eine neue Diktatur aufzurichten. Angesichts der durch die schamlosen Waffenstillstandsbedingungen unserer Gegner hervorgerufenen Schwierigkeiten in der Heimat wird der Soldatenrat von Mitau mit allen Mitteln dafür eintreten, daß sich die Demobilmachung des Ostheeres in Ruhe und Ordnung vollzieht." Die Kundgebung wurde einstimmig angenommen.

Das Schicksal der Ostafrikakämpfer.

WTB. **Berlin, 28. November.** Auf Anfrage der deutschen Waffenstillstandkommission über die weitere Behandlung der deutschen Truppen in Ostafrika, die gemäß Artikel 17 der Waffenstillstandsbedingungen das Schutzgebiet zu räumen haben, hat das englische Kriegsministerium geantwortet, daß die deutschen Truppen in Stärke von 155 Europäern, 1165 Askaris und etwa 3000 sonstigen Farbigen, darunter 282 Häuptlingen, die Waffen gestreckt hätten. Veranlassung hierzu sei die Mitteilung des feindlichen Oberbefehlshabers an den General von Lettow-Vorbeck über den Abschluß des Waffenstillstandes in Europa gewesen. Die Truppen würden in Abercorn am Südende des Tanganjika-Sees gesammelt. Den weiteren Abtransport veranlaßt sodann die englische Regierung. Ob der Seetransport auf deutschen Schiffen erfolgen werde, sei noch nicht entschieden.

Die Namen der Europäer, die bei General von Lettow-Vorbeck bis zuletzt ausgeharrt haben, sind noch nicht bekannt geworden. Ebenso ist die Frage der Postverbindung mit ihnen noch nicht geklärt. Veröffentlichungen hierüber werden baldmöglichst erfolgen.

Deutsche Waffenstillstandskommission.
Der Vorsitzende: Staatssekretär Erzberger.

Ueber die Rheinbrücke bei Düsseldorf.

WTB. **Düsseldorf, 28. November.** Fast ununterbrochen flutet seit einigen Tagen der Strom der aus dem Felde heimkehrenden Truppen der vierten Armee über die Rheinbrücke. Bis in die Nacht hinein rückten gestern mehrere geschlossene Divisionen mit klingendem Spiel an. Truppen aller Waffengattungen, neben Geschützwagen, aller Art, durchweg mit Blumen und Fähnchen geschmückt, von der sie freudig begrüßenden Menge mit Liebesgaben versehen, ziehen auf ihrem Marsche zumeist durch die innere Stadt weiter nach Osten. Der Durchzug vollzieht sich nach wie vor in vollkommener Ordnung. Der Straßenbahnverkehr ist infolge des anhaltenden Durchzuges von Truppen zeitweilig ganz behindert, auf der Rheinbrücke vorläufig eingestellt.

Stürmische Szenen im Großberliner Soldatenrat.

Streit um den Vorsitz. — Der Bericht des Vollzugsrates. — Die Deutschen im Osten. — Internierung der Mackensen-Armee. — Ein gefährliches Kaiserhoch. — Badische und Ostvertreter verlassen den Saal. — Der „Regierungsfimmel". — Jetzt geht es schlechter als früher!

(Eigener drahtlicher Nachrichtendienst der „Saale-Zeitung".)

Sitzung der Soldatenräte von Groß-Berlin vom 28. November 1918 im Plenarsitzungssaale des Reichstags.

Berlin, 28. November. Der Saal ist voll besetzt. Auch die Tribünen sind gut besucht.

Am Bundesratstische sitzen die Mitglieder des Vollzugsausschusses, am Präsidium die Mitglieder des Bureaus der Groß-Berliner Soldatenräte.

Der Vorsitzende Gefreiter Glodsching eröffnet die Versammlung um 4 Uhr 40 Minuten und begrüßt die Erschienenen, insbesondere auch die Kameraden aus Süddeutschland und aus den Ostmarken.

Von einem Namensaufruf zur Feststellung der Anwesenheitsliste wird auf Vorschlag des Kameraden Cohn-Reuß Abstand genommen.

Nach dem Berichte des Bureaus über seine bisherige Tätigkeit fragt

Kamerad Spirow den Vorsitzenden, ob er in irgendeiner Form abhängig sei vom Vollzugsausschuß. (Der Vorsitzende bestätigt dies.) Dann sei es nötig, da er

mangels genügender Unparteilichkeit

als Vorsitzender nicht geeignet erscheine, Neuwahl des Vorsitzenden vorzunehmen. (Unruhe.)

Vors. Glodsching: Die Tätigkeit als Kurier hat mit meiner Tätigkeit hier nichts zu tun. Meine Unparteilichkeit bitte ich nicht anzuzweifeln.

Kamerad Cohn-Reuß: Der Reichstag ist auch von konservativen und Zentrumsabgeordneten objektiv geleitet worden. Ich bitte, Glodsching im Vorsitz zu belassen. (Zustimmung.)

Der Protest wird für erledigt erklärt. Scheidemann betritt den Saal. Er nimmt, durch Händeklatschen begrüßt, auf Aufforderung des Vorsitzenden am Regierungstische Platz.

Der Vorsitzende teilt mit, daß ein Antrag eingegangen ist,

dem Vollzugsrat ein Vertrauens- oder Mißtrauensvotum

auszusprechen, aus welchem der Vollzugsrat die Konsequenzen zu ziehen habe.

Kamerad Gefreiter Molkenbuhr erstattet sodann den Bericht des Vollzugsrates. Er führt dabei aus: Erste Aufgabe des Vollzugsrates war, weiteres Blutvergießen zu verhindern. Wir standen nicht nur vor nichts, sondern

vor einem Trümmerhaufen.

Unser Wirtschaftsleben hat keine Fundamente mehr. Wir sind von sämtlichen Rohstoffen entblößt. In schlimmster Weise hat man mit allen Mitteln, namentlich auch Lebensmitteln, Raubbau getrieben. Auch militärisch hat unsere vorherige Regierung nichts unterlassen, was geeignet gewesen wäre, das Volksganze und vor allen Dingen unsere Kameraden zu vernichten. Zunächst kommen Anträge an uns heran, die Löhnung der Mannschaften zu erhöhen. Die zuständige Stelle hatte für diese Forderung ein williges Ohr. Die erhöhte Löhnung würde aber in zehn Wochen anderthalb Milliarden verschlingen. Deshalb soll niemand länger, als notwendig ist, zurückgehalten werden.

Weitergehende Abrüstung ist nötig,

auch wenn wir in Berlin kein Ersatzb[illegible] behalten sollten. Wir müssen auch die äußeren Fesseln des Militarismus abstreifen. Dabei muß freilich Vorsicht obwalten. Die Machthaber, die seit Jahrhunderten festen Boden gefaßt haben, fügen sich nicht kampf- und restlos dem ein, was die neue Ordnung will. (Sehr richtig!) In geradezu schamloser Weise hat unsere vorhergehende Regierung unsere Kameraden in Gegenden hineingesteckt, aus denen wir sie niemals wieder zurückkriegen werden. In der Ostarmee stecken

850 000 Kameraden in einem Chaos.

Wir wissen nicht, wie sie jemals ihr Vaterland wiedersehen sollen. Die Polen stehen uns skeptisch gegenüber.

Durch Polen gibt es keine Verbindung.

Auch aus der Ukraine haben sie keine Eisenbahn. Sie sind ohne Nahrungsmittel und besitzen nur sehr mangelhafte Kleidung (Unruhe.) Im Süden steht die Armee Mackensen. Die letzten 48 Stunden haben uns die Gewißheit gebracht, daß sie

in der ungarischen Tiefebene interniert

werden.

Im Westen steht es noch am besten. Der Vollzugsrat hat sich dann mit der Frage der Nationalversammlung beschäftigt. Auf je 200 000 Einwohner soll ein Delegierter kommen, auf je 100 000 Soldaten auch einer. In Bayern zeigen sich schwerwiegende Vorgänge. Gewiß, Kurt Eisner hat demgegenüber erklärt, daß er um jeden Preis ein Absplittern vermieden wissen will. Gegen Wasserkopf Berlin besteht aber große Animosität. (Zuruf: Mit Recht!) Berlin ist der Sitz der Kriegsgesellschaften, der Reichspolitik und derer, die den Krieg verlängerten. Wir haben nichts unternommen, was die Einheit Deutschlands gefährden könnte und den alsbaldigen Friedensschluß. Der Vollzugsrat ist zunächst nur ein Provisorium und

Sachwalter des deutschen Volkes.

Heute nachmittag 2 Uhr ist in der Kaserne in der Belleallliancestraße eine Schwadron Dragoner eingezogen. Der führende Oberleutnant von Heye hat

ein dreifaches Kaiserhoch

ausgebracht. Die Schwadron stimmte ein. (Großer Lärm. Rufe: Stimmungsmache! Tätigkeitsbericht!) Die Bekämpfung der Reaktion gehört zur Tätigkeit des Vollzugsrates. In schamloser Art erhebt die Reaktion ihr Haupt. Nicht weit von Berlin gibt es Soldatenräte, die in erzreaktionärem Sinne wirken. (Rufe: Namen nennen!) Kamerad Walz und Colin Roß sind aus dem Vollzugsrate ausgeschieden. In Belgien und in den Berliner Aemtern sind schon am 7. November politische Akten verbrannt worden,

um das Anklagematerial zu beseitigen.

Die Revolution ist also rechtzeitig erkannt worden, noch ehe es allgemein eingesehen wurde, daß wir stehen am Abgrunde eines blühenden Volkes! (Beifall und Lärm.)

Kamerad Unteroffizier Cornig: Leider bin ich noch nicht in der Lage, dem Vollzugsrate heute das Vertrauen auszusprechen. Wir dürfen nichts vertuschen und nichts verschweigen. Der gute Ruf der Soldatenräte von Berlin (Lachen) ist in Gefahr. Ihn müssen wir schützen und wiederherstellen. Der Vollzugsrat hat

das Chaos nur noch vermehrt,

und das muß ein schlechtes Licht werfen auf unsere Soldatenräte von Berlin. Wir werden zu Mitschuldigen an der Diktatur gemacht. Wir stehen im Rufe, den Bolschewismus (Hu!-Rufe) zu fördern. Das Provisorium besteht nun schon drei Wochen. Fünf Tage nach der Revolution hätte die Vollversammlung aller deutschen Soldatenräte zusammentreten müssen.

Die Reichseinheit ist in Gefahr.

Der Vollzugsrat hat auch heute noch nicht die Zustimmung der Soldatenräte gefunden. Eine Wahl ist noch nicht vorgenommen worden. Niemals sind so leicht Männer in verantwortungsvolle Stellen gekommen wie die Mitglieder des Vollzugsrates. (Sehr richtig!) Vor allen Dingen gebrauchen wir eine Kontrolle über den Vollzugsrat. Sie müssen verschwinden, da sie unser Vertrauen nicht dauernd verdienen. Eine Kontrolle des Vollzugsrates über die Regierung ist nicht nötig. Die Männer der Regierung haben unser Vertrauen. (Lebhafter Beifall.) Not tut die baldige Zusammenberufung der Nationalversammlung. (Tosender Beifall im ganzen Hause.)

Ein Mitglied des Soldatenrates München: Im Süden habe man den Eindruck,

in Berlin sei alles toll geworden.

Wir Süddeutschen wünschen im vollsten Einvernehmen mit Norddeutschland, mit dem wir getreulich die Kriegslasten getragen haben, zu leben und mit ihm zu arbeiten für die Reichseinheit. (Tosender Beifall.) Geben Sie uns die Versicherung, daß Sie eine Nationalversammlung wünschen. (Lebhafte Bravorufe und Händeklatschen.) Dann werden Sie als Dank dafür bekommen, daß noch nie das deutsche Volk stärker war, als es dann wird. (Tosender Beifall.)

Leutnant Gerhard: Noch bin ich Mitglied des Vollzugsrates. Die ersten Aufgaben waren die Frage der Kommandogewalt, die Versorgung und Entlassung der Kameraden. In keiner Sitzung hat sich der Vollzugsrat damit beschäftigt. (Molkenbuhr: Lüge!) Mit Süddeutschland hat er keine Fühlung genommen. Sie mußten erst zu uns kommen. Ein Münchener Delegierter hat zwei Stunden warten müssen, weil über die hochwichtige Frage beraten werden mußte, welche Stempel angeschafft werden sollten. (Heiterkeit und Unruhe.) Vollzugsrat Ströbel fragte mich, was denn überhaupt eine Nationalversammlung sei. (Große Heiterkeit und Unruhe.) Im Abgeordneten- und Herrenhaus besteht bei den Soldatenräten eine große Mißwirtschaft, eine unglaubliche Vettern- und Günstlingswirtschaft bei hohen Löhnen.

Was hat der Vollzugsrat gegen die Zersplitterung Deutschlands getan? Wie steht er zu der Frage der Nationalversammlung?

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte erhält das Wort

Staatssekretär Scheidemann:

Wir haben die Errungenschaften der Revolution zu sichern. Wir müssen für Frieden und Brot sorgen. Heute kann die Versammlung die Anklagen nicht nachprüfen. Wir dürfen gegenrevolutionäre Strömungen nicht aufkommen lassen. In einer solchen Versammlung besteht die große Gefahr, daß sich ein Riß zwischen Arbeitern und Soldaten auftut. Arbeiter und Soldaten haben gemeinsam die Revolution gemacht. Zwistigkeiten müssen an anderer Stelle ausgetragen werden. Das Kabinett hat sich mit dem Vollzugsrat verständigt. Die Einigkeit soll von beiden Seiten aufrecht erhalten bleiben. Ein Zentralrat für das ganze Reich wird bald geschaffen werden. Die Mitteilungen Molkenbuhrs über unsere Soldaten im Osten waren übertrieben trostlos. Von einer absoluten Gefahr kann keine Rede sein. Die Rückkehr kann sich nur höchstens

um drei Monate verzögern.

Die Gefahr der Gegenrevolution unterschätze ich nicht. Aber Schwarzseherei ist nicht am Platze. Wir werden auf dem Posten sein und aufpassen. Generalfeldmarschall von **Hindenburg und General Gröner haben sich auch gestern wieder rückhaltlos zur jetzigen Regierung bekannt.** (Bravo!) Die Schuld an der Kriegsverlängerung trägt Berlin nicht allein. Die Autonomie für Elsaß-Lothringen wurde verzögert durch den

König von Bayern, der seine Macht ausdehnen

wollte. Arbeiter- und Soldatenräte sind ein Provisorium, das absolut notwendig ist, das geschaffen werden mußte als das alte System zusammenbrach, das morscher war als wir annahmen. Dieses Provisorium muß ausgehalten werden bis die Nationalversammlung da ist. Jetzt tut uns Einigkeit not. Alles Trennende muß bei Seite gestellt werden. Dann wird es uns möglich sein, Brot und Frieden zu schaffen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Ein Feldwebel, Vertreter der Ostarmee, warnt die Versammlung davor, sich von dem Popanz der Spartakus-Gruppe ins Bockshorn jagen zu lassen.

Die Schamröte

steigt einem ins Gesicht, wenn man sieht, daß jetzt die Preßfreiheit mehr Schaden anrichtet als die frühere Preßunfreiheit.

Oberleutnant Walz: Schon längere Zeit vor der Revolution bin ich zum Sozialismus übergegangen. Ich habe als Kompagnieführer meine Leute dahin gebracht, daß sie

unter keinen Umständen auf Arbeitermassen schießen

dürfen. Ich stand damals schon mit Ledebour in Verbindung. In einer Versammlung, an der auch Liebknecht, Haase, Ledebour, Müller und einige Arbeitervertreter teilnahmen, wurde beschlossen, Montag, den 4. November die Revolution stattfinden zu lassen. Ich stimmte auch dafür. Am Abend wurde die Hinausschiebung beschlossen, weil die Stimmung noch nicht so weit sei. Wir wollten nicht mehr so häufig zusammenkommen, um uns nicht zu verraten. Darauf wurde ich auf Befehl des kommandierenden Generals verhaftet. Vor dem Untersuchungsrichter bin ich wohl durch das bestimmte Auftreten des Richters hereingefallen und habe manches gesagt, was ich nicht durfte. Däumig wurde darauf verhaftet. Verraten habe ich nichts, höchstens habe ich eine Dummheit gemacht. (Zuruf: Dumme gehören nicht in den Vollzugsrat!) Und nun soll ich

in drei Tagen aus Berlin abreisen

und zwar auf Veranlassung des Vollzugsrates. (Pfui-Rufe!) Reaktionär bin ich nicht. Sonst hätte die „Kreuzzeitung" über meinen Austritt nicht gefrohlockt. (Lebhafter Beifall und Widerspruch.)

Ein Vertreter des A.- u. S.-Rates Baden erklärte noch namens der Lothringer, daß nicht der Vollzugsausschuß, sondern die Berliner Soldatenräte terroristisch aufgetreten seien. Wir ziehen daraus die Folgen und

verlassen unter Protest die Versammlung.

(Große Bewegung.)

Ein Vertreter der Ostfront erklärte namens 400 000 Kameraden, die Versammlung sei geeignet, die Reichseinheit auf das schwerste zu gefährden und Unruhe in die Straßen Berlins zu tragen. Dabei breche die Front zusammen. Ruhe und Ordnung seien nötig, weshalb auch er den Saal verlasse.

Vorsitzender des Vollzugsausschusses Richard Müller: Sie haben hier nicht über die von den Arbeitern Gewählten vor Gericht zu sitzen. Sie tragen nicht mehr lange den grauen Rock und kehren in die Arbeiterschaft zurück. Wir haben Walz in väterlicher Weise behandelt. (Widerspruch.) Wir müssen uns auf die gewählten Mitglieder des Vollzugsrates verlassen können. Redner geht an der Hand der Untersuchungsakten auf den Fall Walz ein.

Volksbeauftragter Barth: Wir können nur arbeiten, wenn wir die Soldaten und Arbeiter hinter uns haben. Prüfen Sie in einer besonderen siebengliedrigen Kommission, ob die Soldatenvertreter im Vollzugsausschuß ihr Vertrauen verdienen oder nicht. Dieser Ausschuß könnte auch den Fall Walz prüfen und darüber morgen oder übermorgen berichten. Objektivität ist für jeden Gerichtshof das Höchste und Notwendigste. So nur können sie ihre Ehre retten. Sie werden erkennen, daß das Ausscheiden von Walz das mindeste war, was eintreten mußte.

Leutnant Heyne-Potsdam: Auch wir Potsdamer wollen das, was alle wollen: Recht, Friede, Freiheit und Brot! Niemand hat etwas gegen die Arbeitervertreter im Vollzugsrat. Wir fühlen uns eins mit den Arbeitern. Auch wir wollen die revolutionären Errungenschaften sichern gegen die Revolution.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19181129011/fragment/page=0002

Laßt euch nicht verblüffen durch Schlagworte. Auch Spartakus hat ganz gute Gedanken. Wir wollen Deutsche bleiben und uns zusammenschließen, Süd und Nord, West und Ost. Wir wollen uns gesunde Existenzbedingungen schaffen. Dazu ist der bisherige Vollzugsrat nicht imstande gewesen.

Leutnant Colin Roß: Wir wollen keine Zwistigkeiten zwischen Arbeitern und Soldaten schaffen. Wir sehen im Vollzugsausschuß

Herrschsucht und eine böse Finanzwirtschaft.

Die Tagegelder der Vollzugsratsmitglieder mit 50 Mark für den Tag, der Kuriere mit 40 Mark und der Schreibfräuleins mit 30 Mark sind unerhört hoch. Was haben dagegen die Kriegsbeschädigten? (Sehr richtig!) Wenn wir so weiter machen, dann kommt die Reaktion. (Sehr richtig!) Die Organisation des Vollzugsrates darf nicht auseinandergerissen, sondern muß ergänzt werden.

Ein Vertreter der Ostfront erklärt: Politisch reif haben sich die Berliner Soldaten nicht gezeigt. Persönliche Zänkereien sollten nicht Platz greifen.

Der beschämende Eindruck der heutigen Versammlung

läßt sich nicht verwischen. Entstehen in Berlin Unruhen, dann werden unsere Ostkolonnen schwer gefährdet durch Aufstände der Letten, Polen, Esthen, Rumänen und Ungarn.

Ein anderer Vertreter der Ostfront führt aus: Das

Schicksal von einer Million Kameraden ist gefährdet.

Uebergroße politische Reife ist hier heute nicht gezeigt worden. Im Osten finden heute schon in Kowno die Wahlen zum Zentralrat statt. Hier in Berlin hat man es nicht so eilig. Hier fehlt es an der Gefahr. Der Süden und der Osten müssen in dem Vollzugsrat vertreten sein. Nur so kann die Einheit gerettet werden. Lassen Sie aber das alte Kabinett bestehen und sorgen Sie für die nötige Kontrolle. (Widerspruch und Beifall.)

Ein Vertreter der Westfront sagt: Gehen Sie ruhig und sachlich gegen den Vollzugsrat vor.

Leutnant Müllner: Mit tiefstem Bedauern haben wir gehört, daß die Kameraden vom Süden und aus dem Osten die Versammlung verlassen haben. (Vorsitzender: Die Kameraden sind noch im Hause und werden wieder herein kommen. Lebhafter Beifall.) Wir bieten ihnen die Hand, nichts liegt uns ferner als Terrorismus. Es ist nicht wahr, daß wir vor dem Nichts oder vor dem Trümmerhaufen gestanden haben. Es war eine

ungeheure Masse von Kriegsgerät

und an Nahrungsmitteln vorhanden. Das weiß ich, als Bevollmächtigter des Vollzugsrates für das Verwaltungsdepartement. Raubbau ist erst getrieben worden, nachdem der Vollzugsrat die Macht erhalten hatte. (Große Unruhe.) Was noch heil war, hat der Vollzugsrat zertrümmert

durch Untätigkeit oder aus Regierungsfimmel.

(Sehr gut!) Graulich machen vor der Reaktion will man uns nur, um reaktionäre Maßnahmen durchzusetzen. Auch eine Schwadron Dragoner und eine Leutnantsansprache dürften uns nicht schrecken. (Sehr gut!) Bei der alten Regierung mag vieles schlecht gegangen sein, jetzt geht es aber noch viel schlechter. (Brausender anhaltender Beifall.)

Ein Vertreter der in den Saal zurückgekehrten Badener erklärt, so wie heute verhandelt worden sei, gehe es nicht weiter. Heute hat sich hier auch

keine deutsche Manneszucht

gezeigt.

Ein Antrag Müllner auf Schluß und Einsetzung einer siebengliedrigen Kommission wird einstimmig angenommen.

Die Wahl der 7gliedrigen Kommission wird vorgenommen.

Darauf werden die Verhandlungen auf Sonnabend, den 30., vertagt.

Schluß nach 11½ nachts.

Für einen bayrischen Sonderfrieden.

WTB. München, 28. Nov. Zu der Züricher Meldung, daß italienische Truppen München zu besetzen drohen, schreibt das führende Zentrumsorgan, der „Bayerische Kurier“: Wir brauchen nicht erst darauf hinzuweisen, was dies für das Vaterland bedeuten würde. Will die Revolutionsregierung Bayern vor dieser Schmach und diesem Unglück bewahren, so schaffe sie endlich gesetzliche Verhältnisse und erwirke uns einen Sonderfrieden. Sie könnte sonst die Verantwortung nicht tragen für das, was über Bayern hereinbricht.

Unbegründete Vorwürfe gegen Ebert.

Berlin, 28. Nov. Wie die „Politischen Parlamentarischen Nachrichten“ schreiben, sind die von Liebknecht gegen Ebert unter Berufung auf den „Temps“ erhobenen Beschuldigungen, daß Ebert dem Präsidenten Wilson vorgeschlagen habe, Lebensmittel nur zu liefern, wenn die Ordnung aufrechterhalten bleibe, unbegründet. Eine amtliche Erwiderung auf diese Vorwürfe werde raschestens erfolgen.

Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amte Dr. David ist in Wiesbaden schwer erkrankt.

Die Kaiserin in Holland.

WTB. Amsterdam, 28. November. Die frühere deutsche Kaiserin ist heute morgen in Maarsbergen bei Utrecht angekommen. Sie wurde am Bahnhof vom Grafen Bentinck empfangen und fuhr im Automobil nach Schloß Amerougen weiter.

Protest des Herrenhaus-Präsidenten.

WTB. Berlin, 28. November. **Nach Zeitungsnachrichten hat die revolutionäre preußische Regierung in Uebereinstimmung mit dem Beschlusse des Vollzugsrates des Arbeiter- und Soldatenrates von Berlin vom 25. November die Beseitigung des Herrenhauses verordnet.**

Der Regierung wie dem Vollzugsrat steht eine gesetzgebende Gewalt, die das geltende Verfassungsrecht für den preußischen Staat zu ändern vermöchte, nicht zu. Namens des Gesamtvorstandes des Herrenhauses lege ich gegen die geplante Maßregel hierdurch Verwahrung ein.

gez. Graf von Arnim-Boitzenburg, Präsident des Herrenhauses.

Oesterreich 817000 Tote bis Mai 1918.

Wien, 27. Nov. (Holländisch Nieuwsbüros.) **Eine parlamentarische Korrespondenz veröffentlicht auf Grund der amtlichen Verlustlisten eine Zusammenstellung der Verluste Oesterreichs im Kriege. Danach betragen die Gesamtverluste an Toten und Verwundeten bis zum Mai 1818 4 Millionen Mann. An Gefallenen werden genannt 800000 Mann und zirka 17000 Offiziere.**

Auch Eisner kompromittiert.

WTB. Berlin, 28. Nov. Gegenüber dem Verlangen des bayerischen Volksbeauftragten Kurt Eisner, das nur unkompromittierte Männer an der Spitze des Staates stehen sollen, veröffentlicht Erich Kuttner im „Vorwärts“ eine Erklärung, die besagt, daß Eisner selbst in erster Linie zu diesen kompromittierten Leuten gehöre. Eisner habe die „Chemnitzer Volksstimme“, deren Redakteur Kuttner damals war, zwischen dem 29. und 30. Juli wiederholt von München aus telephonisch angerufen und versichert, er habe auf dem bayerischen Kriegsministerium, in dem er ein- und ausging, erfahren, daß der Krieg unvermeidlich sei, weil Rußland sich unter keinen Umständen von einem Eingreifen in den österreichisch-serbischen Konflikt zurückhalten ließe und bereits mobil mache, was die deutsche Kriegserklärung zur Folge haben müsse. Kuttner schreibt: Eisner war ungefähr der einzige Sozialdemokrat in ganz Deutschland, der am 28 Juli mit absoluter Bestimmtheit wußte, daß der Krieg unvermeidlich sei, und zwar hielt Eisner den Krieg für unvermeidlich wegen des bevorstehenden Eingreifens Rußlands. Aus dieser Ueberzeugung hat Eisner auch die vollen Konsequenzen gezogen. Er hat nicht nur die Meldung übermittelt, daß der Krieg unvermeidlich war, sondern in der dringlichsten Weise uns versichert, daß der Kriegsausbruch lediglich die Schuld Rußlands sei. Es gelte deshalb mit aller Macht innerhalb der Partei dahin zu wirken, daß die Sozialdemokratie bei Kriegsausbruch sich hinter die Regierung stelle und die Kriegskredite bewillige. Eisner bat uns ausdrücklich, auf alle uns erreichbaren Abgeordneten in diesem Sinne einzuwirken.

Sächsische Landesversammlung der A.- und S.-Räte.

WTB. Dresden, 28. November. An die A.- u. S.-Räte Sachsens: Die Entwicklung der Revolution, die Gegenströmung und die Not der Stunde gebieten die Berufung des provisorischen Landesrates der A.- u. S.-Räte Sachsens für Dienstag den 3. Dezember vormittag 11 Uhr nach dem Saale der ehemaligen Ersten Ständekammer im Landtagsgebäude zu Dresden. Die am 19. November abgehaltene erste Sitzung des Landesrates billigte einstimmig, daß der Landesrat aus den A.- u. S.-Räten der Kreishauptmannschaften gebildet werden solle. Es entfallen auf die Kreishauptmannschaften Bautzen 4, Chemnitz 8, Dresden 10, Leipzig 10 und Zwickau 6 Vertreter. Der provisorische Landesrat soll nur die dringendsten Aufgaben erledigen, die die Regierung für notwendig hält. Den Kreishauptmannschaften Chemnitz, Dresden, Leipzig und Zwickau steht das Recht zu, die seitherigen Vertreter zu entsenden. Dem Kreise Bautzen wird überlassen, nach eigenem Ermessen Vertreter zu delegieren. Die Tagesordnung der Landesratssitzung umfaßt: 1. Bericht der Regierung, 2. die Reichskonferenz der A.- u. S.-Räte, 3. die Aufgaben der örtlichen A.- u. S.-Räte. Wir ersuchen um Beschickung der Landesratssitzung.

Dresden, 28. November 1918.

Die Volksbeauftragten.

Buck. Fleißner. Geyer. Gradnauer. Lipinski. Schwarz.

Moskauer Funksprüche.

WTB. Rotterdam, 28. November. Hier sind folgende Moskauer Funksprüche aufgenommen worden:

Moskau, 27. November. Dr. Solf, Auswärtiges Amt, Berlin. Die Funksprüche der Nauenstation vom 26. November enthalten Mitteilungen über Forderungen der deutschen Ostarmee betreffend die zurückflutenden russischen Gefangenen, welche eine Gefahr für das Land bilden sollen. Bereits mehrmals haben wir auf die Notwendigkeit hingewiesen, der russischen Fürsorgekommission die Möglichkeit zu geben, in Deutschland auf die russischen Kriegsgefangenen einzuwirken, um diesem Zurückfluten eine organisierte Gestalt zu verleihen. Auch die Anwesenheit des russischen Roten Kreuzes wird von Nutzen sein. Der Ernst der Lage erfordert die baldmöglichste Rückkehr der diesbezüglichen russischen Organisationen. Wir bestehen auf der dringenden Notwendigkeit, unsere Organisationen sofort wieder nach Berlin zurückzulassen zwecks Organisation der Rückkehr der Gefangenen. Der Volkskommissar des Auswärtigen: Tschitscherin.

Moskau, 27. November. Dr. Solf, Auswärtiges Amt, Berlin. Die Delegation für Kriegsgefangene ist am 25. Nov. abgereist. Ort der Ueberschreitung der Demarkationslinie ist die gegenwärtige Grenzstation zwischen Pskow und Dwinsk. Der Volkskommissar des Auswärtigen Amtes: Tschitscherin.

Eine Unterredung mit Exkaiser Karl.

Gegen den Bolschewismus.

WTB. New York, 26. November. Reuter. Der Vertreter der Associated Preß hatte eine Unterredung mit dem früheren Kaiser von Oesterreich, in der dieser sagte:

Es freut mich sehr, einen Amerikaner zu sehen, der ein Land vertritt, das ebenfalls für den Frieden arbeitet. Ich bin während des Krieges

stets für den Frieden eingetreten

und dauernd bestrebt gewesen, Lebensmittel für die Soldaten und für das Volk zu erlangen. Doch jetzt fehlen sie ihnen trotz aller Bemühungen außerordentlich. Wenn Amerika und die Alliierten diese Tatsache nicht erkennen, wird der Mangel in ein paar Wochen hier sehr groß sein. Wir haben unser Bestes getan, mehr kann nicht getan werden. Wenn wir keine Lebensmittel und Kohlen erhalten, werden wir

in Wien Unruhen bekommen

und vielleicht die ansteckende Krankheit aus Rußland, die wir Bolschewismus nennen. Ich glaube, daß es im Interesse der Alliierten liegt, uns zu unterstützen, denn der Bolschewismus kann auch eine Gefahr für die Alliierten werden. Die Lage ist ernst, da die Transportmittel desorganisiert sind. Ueber die Zukunft kann ich nicht sprechen. Was die Vergangenheit betrifft, so kann ich nur wiederholen, daß ich

glaube, meine Pflicht getan zu haben.

Im Verlaufe des Gespräches gab der Kaiser seiner aufrichtigen Ueberzeugung Ausdruck, daß der Zerfall des Reiches in kleine Gruppen von Nationen für alle politische Katastrophen zur Folge haben werde, und daß die eine oder andere zentrale Regierung zur Vertretung der gemeinsamen Interessen notwendig sei. Die Offiziere in der Umgebung des Kaisers wiesen den Korrespondenten auf die unermüdliche Arbeit des Kaisers während des Krieges hin, und daß er gekränkt sei über die Gerüchte in den Ländern der Alliierten über sein leichtsinniges Privatleben.

Englische Beschwerden in Spaa.

WTB. Berlin, 28. Novbr. In der letzten Sitzung der Waffenstillstandskommission in Spaa erhoben die englischen Vertreter namens der britischen Regierung ernste Beschwerden, daß die britischen Gefangenen an der Westfront nicht ordnungsgemäß übergeben würden, sondern halb verhungert und krank ohne genügende Kleidung in den Linien der Alliierten anlangten. Die Erklärung der deutschen Dele-

---

Um Ehre und Recht.

Roman von Fr. Sembdner.

3. Fortsetzung) (Nachdruck verboten.)

„Was fällt denn dem Baron ein, Sie mitten in der Heuernte fortzuschicken? Der neue Volontär könnte auch wohl ohne Sie den Weg nach Hambach finden — ich weiß überhaupt nicht, was wir mit diesem neuen Volontär hier sollen?“

„Aber, Papa, es ist doch sehr angenehm, wenn sich unsere Gesellschaft hier vergrößert“, meinte Tina Grupe mit einem gezierten Lächeln. „Wir sind ja hier so wenig junge Leute.“

„Rechnest du dich mit deinen fünfunddreißig Jahren etwa zu den jungen Leuten?“ fragte der Inspektor ziemlich unartig.

Fräulein Tina setzte eine Schmollmiene auf, und Fritz Born entfloh, um nicht Zeuge der weiteren Auseinandersetzungen zwischen Vater und Tochter zu sein. Er kannte ja diese Auseinandersetzungen zur Genüge, fanden sie doch fast regelmäßig während des Mittagsmahles statt.

Die beiden Füchse trabten lustig auf der Chaussee dahin. Fritz steckte sich eine Zigarre an und sah mit zufriedenem Lächeln nach den Wiesen hinüber, auf denen sich die Leute im Schweiße ihres Angesichts bei dem Heumachen abrackerten.

Plötzlich ruckte seine Hand in die Zügel, daß die beiden Füchse unruhig die Köpfe warfen.

„Ruhig, Fuchs — ruhig, Iltis“ — besänftigte er die jungen feurigen Pferde, die jetzt auch im Schritt verfielen und dann stillstanden, nur die freien Ohren hin und her bewegend.

Fritz erhob sich von seinem Sitz und schwenkte seinen Hut empor.

„Grüß Gott, gnädiges Fräulein!“ rief er. „Ich fahre nach Altheide . . . aber nehmen Sie sich doch in acht!“

Doch die Warnung kam zu spät. Die jugendliche Reiterin auf dem kleinen kräftigen Doppelpony hatte schon den Sprung über den Straßengraben gewagt und hielt jetzt neben dem Jagdwagen.

„Wohin fahren Sie?“ fragte sie erstaunt.

„Nach Altheide.“

„Zum Vergnügen?“

„Teils dieserhalb, teils außerdem. Ich soll den neuen Volontär abholen.“

„Ah, das ist schändlich von Papa“, eiferte Erika, denn diese war die kühne Reiterin. „Er hat mir doch versprochen, mich mit nach Altheide zu nehmen, wenn er den schönen Stanislaus abholte.“

„Den schönen Stanislaus?“

„Nun ja, den Herrn von Prokowski, den neuen Volontär.“

„Ist er denn so schön?“

„Das weiß ich nicht. Ich nenne ihn nur so. Das ist mir auch ganz egal. Aber das finde ich sehr unrecht von Papa, mir nichts davon zu sagen, daß Sie nach Altheide fahren. Hätte ich das gewußt, wäre ich nicht nach den Wiesen hinausgefahren.“

„Sehr schmeichelhaft.“

„Bilden Sie sich nur nichts ein. Ich hab's nur getan, um Miß Bayley zu ärgern. Aber um Papa zu ärgern, sollte ich jetzt mit Ihnen nach Altheide fahren“

„Aber das geht doch nicht, Fräulein Erika.“

„Weshalb nicht?“

„Wir beide allein — und dann der schöne Stanislaus?“

„Ja, da haben Sie recht. Aus Ihnen mache ich mir nicht viel, wir sind ja alte Bekannte, aber dieser Herr von Prokowski könnte sich etwas einbilden. Na, dann fahren Sie nur allein und grüßen Sie Altheide.“

„Danke — werde es bestellen“

Erika wandte ihr Pferd, sprang wieder über den Graben und galoppierte die Wiese entlang, ohne sich noch einmal nach Fritz Born umzusehen.

Allerliebst sah das junge Mädchen aus in dem kurzen Reitkleide, der hellen Bluse und dem einfachen weißen Strohhut, unter dem das goldbraune Haar hervorflatterte. Und wie sicher sie in dem Sattel saß und die kleine Bestie von Pony in dem Zügel hielt!

Man konnte es wirklich Fritz Born nicht verdenken, daß er ihr solange nachschaute, bis sie hinter den Hecken verschwunden war, und dann nachdenklicher seine Fahrt nach Altheide fortsetzte.

Er hätte kein vierundzwanzigjähriges Herz in der Brust haben müssen, wenn es anders hätte sein sollen.

Doch dann reckte er sich empor. „Mach' keine Dummheiten, Fritz“, schalt er sich selbst. „Erstens ist sie die Tochter deines Prinzipals, der dir mit freundlichem Vertrauen entgegengekommen ist, und zweitens ist sie Baronesse von Hambach-Waldstätten und die heiratet keinen einfachen Fritz Born, Hofverwalter und Vizewachtmeister der Reserve. Also Schluß — und Kopf hoch!“

Er ließ den Füchsen die Peitsche fühlen, die einen Sprung vorwärts machten, daß Christian, der den hinteren Sitz des Wagens einnahm, beinahe einen Purzelbaum geschlagen hätte.

Altheide war in einer halben Stunde erreicht. Bis zur Ankunft des Zuges war es fast noch eine Stunde; so konnte Fritz noch einige Male durch den Kurgarten schlendern, wo die Musik gerade begonnen hatte, und auf der Terrasse des Kurhotels eine Tasse Kaffee trinken.

Er reichte Christian die Zügel, der die warmgewordenen Füchse langsam auf und ab fahren sollte, sprang von dem Wagen, stäubte sich etwas ab und betrat den Kurgarten, in dem eine elegante Menge promenierte.

Die Augen mancher jungen und alten Dame wandten sich der schlanken Erscheinung des jungen Mannes zu, dem man den einfachen Hofverwalter nicht ansah, sondern den man eher für einen jungen wohlhabenden Gutsbesitzer oder einen Offizier in Zivil halten konnte.

Wenn Fritz trübe Gedanken gehabt hatte, so verschwanden sie hier rasch. Die Musik, der Anblick der eleganten Damen, die freundlichen Blicke, die ihm zuflogen, das ganze bunte, bewegte Hin und Her eines fashionablen Badeortes vertrieb rasch die trüben Gedanken und in behaglicher Stimmung ließ er sich an einem der kleinen Marmortischchen auf der Kurterrasse nieder, eine Tasse Kaffee bestellend.

Vergnüglich schaute er sich um.

An einem Nebentische saßen eine junge, überelegante Dame mit rotem, scheinbar gefärbtem Haar, geschwärzten Augenbrauen und gepuderten Wangen und ein blasser, schmächtiger, hochaufgeschossener, schwarzhaariger junger Herr im korrektesten Biedermeier-Anzug, welcher Stil soeben wieder modern zu werden begann.

Die Dame war schön — ohne alle Frage — aber von einer Schönheit, die allzusehr auffällt und durch allzu künstliche Mittel unterstützt wird, um gefällig zu wirken.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19181129011/fragment/page=0003
DFG

gierten, daß eine ordnungsmäßige Uebergabe wegen der durch die Waffenstillstandsbedingungen aufgezwungenen überstürzten Räumung nicht möglich sei, daß ferner viele Gefangene entlaufen oder von revolutionären Elementen befreit worden seien, wurde von den englischen Vertretern nicht anerkannt. Sie erklärten vielmehr, daß sie die deutschen Behörden ohne Rücksicht auf die inneren Verhältnisse vollverantwortlich machten, und daß die britische Regierung mit Rücksicht auf die Erregung der öffentlichen Meinung Englands, wenn nicht Abhilfe geschaffen werde, die Feindseligkeiten wieder eröffnen werde. Demgegenüber ist darauf hinzuweisen, daß von deutscher Seite alles geschieht, um die ordnungsmäßige Herbeischaffung der englischen und übrigen Kriegsgefangenen herbeizuführen, und daß durch die daraufhin getroffenen Maßnahmen die Durchführung des geregelten Abtransportes der Gefangenen sichergestellt und bereits in erheblichem Umfange bewerkstelligt worden ist.

Die deutsch-österreichische Nationalversammlung.

WTB. **Wien, 27. November.** Meldung des Wiener Telegr.-Korr.-Büros. Die deutsch-österreichische Nationalversammlung nahm in ihrer heutigen Sitzung in allen Lesungen das Budgetprovisorium für die Zeit vom 1. 11. 1918 bis 30. 6. 1919 an. In einem Gesetz wird gleichzeitig der Staatssekretär der Finanzen ermächtigt, den Betrag von zwei Milliarden Kronen durch eine Kreditoperation zu beschaffen, sowie die vom 1. 11. 1918 bis 30. 6. 1919 fällig werdenden Beträge der österreichischen Staatsschuld zu prolongieren oder umzuwandeln. In der Debatte erklärte der Berichterstatter Kraft, um einer weiteren Verschlechterung des Devisenkurses vorzubeugen, gebe es kein anderes Mittel als rasche Vereinbarung mit den übrigen Nationalstaaten der ehemaligen Monarchie. Der Staatssekretär für die Finanzen Steinwender betonte die Notwendigkeit neuer Steuern zur Beseitigung des Defizits von 1400 Millionen und erklärte, in der nächsten Zeit werde eine Vorlage über Vermögensabgabe und Vermögenszuwachssteuer, verbunden mit einem Steuerfluchtgesetz, eingebracht werden. Die neue Anleihe werde eine vierprozentige sein zum Kurse von 97 bei Bareinzahlung, rückzahlbar in zweieinhalb Jahren. Ein Viertel der Valuta werde in Kriegsanleihe entrichtet werden können. Auch die Tschechen hätten sich bereit erklärt, einen Teil der alten Schuld zu übernehmen. Der Staatssekretär gab zum Schlusse der Hoffnung Ausdruck, daß die neue Anleihe gelingen werde. Die Nationalversammlung nahm sodann eine Vorlage an betreffend Bildung einer Staatsschuldenkontrollkommission für Deutsch-Oesterreich, sowie ein Gesetz betr. das deutschösterreichische Staatsbürgerrecht. Die Vorlage wurde mit einem Abänderungsantrag Smettan angenommen, wonach außer der Heimat in einer Gemeinde der deutschösterreichischen Republik auch das Bekenntnis zur deutschen Nation verlangt wird.

An die deutschen Arbeitgeber!

Die Demobilmachung, die sich in unerhörter Dringlichkeit vollzieht, stellt die deutschen Arbeitgeber vor neue schwere Pflichten. Aber über diesen neuen Pflichten dürfen sie ihre alten nicht vergessen. Ueber dem Schicksal der Millionen, die jetzt in die Heimat zurückkehren und ihren Platz im Wirtschaftsleben verlangen, darf das Schicksal der Hunderttausenden von Kriegsbeschädigten nicht vergessen werden, die während des Krieges wieder in das Erwerbsleben der Heimat eingefügt waren und deren Zukunft bedroht erscheint. Denn es besteht die Gefahr, daß die Arbeitgeber jetzt vor allem die schwachen Arbeitskräfte und unter ihnen auch die Schwerbeschädigten entlassen, wenn sie genötigt sind, ihren Betrieb einzuschränken.

Das darf nicht geschehen. Das ist unverträglich mit den sittlichen Verpflichtungen, die jeder Volksgenosse gegen die Tapfern trägt, die ihre Gesundheit für das Vaterland geopfert haben.

Der Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge als die Zusammenfassung aller Träger der amtlichen Kriegsbeschädigtenfürsorge richtet deshalb an die Arbeitgeber Deutschlands in dieser Stunde ernstester Not die dringliche Bitte, nicht zu vergessen, was sie in den hoffnungsvollen Jahren, die vergangen sind, ihren Volksgenossen gelobt haben. Er fordert alle Arbeitgeber auf, die Kriegsbeschädigten und insbesondere die Schwerbeschädigten, die in ihrem Betrieb beschäftigt sind, so lange wie irgend möglich in ihren Stellungen festzuhalten. Sollte es unerläßlich sein, sie zu entlassen, so darf es vielleicht nur mit Kündigungsfristen geschehen, die über die Fristen für gesunde Arbeitskräfte erheblich hinausgehen. Weiter richtet aber der Reichsausschuß auch die Bitte an die Arbeitgeber, die Kriegsbeschädigten bei der neuen Einstellung von Arbeitskräften nicht zu vergessen. Auch unter den Heimkehrenden sind ja viele die schwere Schäden aus dem Felde mitbringen. Soweit Kriegsbeschädigte arbeitsfähig und arbeitswillig sind — und sie sind es in ihrer weit überlegenen Mehrzahl —, dürfen sie hinter den Glücklicheren, die ihre Gesundheit heimbringen, in dem Kampf um den Arbeitsplatz nicht zurückstehen. Insbesondere muß auch weiterhin der Grundsatz gelten, daß die sogenannten Invalidenposten nur mit Schwerbeschädigten besetzt werden, die eine andere Arbeit nicht mehr zu verrichten vermögen.

Deutsches Reich.

Die Absetzung Spahns.

Berlin, 28. Nov. Von der preußischen Regierung sind an Stelle des bisherigen Justizministers Dr. Spahn die Rechtsanwälte Dr. Kurt Rosenfeld und Wolfgang Heine mit der Leitung des Justizministeriums betraut worden.

Aus der demokratischen Bewegung.

Wahlbündnis mit dem Bauernbunde.

WTB. **Berlin, 28. Nov.** Der Ausschuß des Deutschen Bauernbundes hat heute einmütig den Abschluß eines Wahlbündnisses mit der Deutschen demokratischen Partei beschlossen, da nur eine bürgerliche Partei, die entschieden demokratisch gerichtet sei, bei der heutigen Volksstimmung Aussicht habe, so viel Stimmen auf sich zu vereinen, daß sie von ausschlaggebender Bedeutung im Parlament werde.

Halle und Umgebung.

Halle, den 29. November 1918.

Forderungen der hallischen Lehrerschaft zur Neugestaltung des Schulwesens.

Der Hallische Lehrerverein nahm in seiner letzten, sehr gut besuchten Sitzung, an der auch zahlreiche Lehrerinnen teilnahmen, folgende Entschließung zur Neugestaltung des Schulwesens an:

Die Hallische Lehrerschaft verlangt zur Neugestaltung des Schulwesens mit der preußischen Regierung den Ausbau des Bildungswesens, besonders der Volksschule, die Einheitsschule und die Befreiung der Schule von der kirchlichen Bevormundung.

Insbesondere fordert sie:

1. Die Schaffung eines besonderen Unterrichtsministeriums und eines Reichsschulamtes;
2. die Vertretung der Lehrerschaft in allen Zweigen der Schulverwaltung und Lehrerkammern;
3. die gesetzliche Regelung des gesamten Schulwesens;
4. die Schulleitung auf Grundlage der Selbstverwaltung, fachmännische Aufsicht;
5. die Hebung der Volksschule und die Beseitigung der Standesschule;
6. Schulgeldfreiheit und Unentgeltlichkeit der Lehrmittel;
7. die Neugestaltung der Lehrerbildung (Erwerb der Allgemeinbildung auf einer höheren Schule und der pädagogischen Fachbildung auf einem pädagogischen Universitätsseminar;
8. Neuordnung der Lehrerbesoldung (für die Gegenwart sofortige Gleichstellung aller Lehrer in Stadt und Land mit den Sekretären der allgemeinen Staatsverwaltung, für die Zukunft eine Besoldungsordnung für die Lehrer an Volks-, höheren und Fachschulen, in einem einheitlichen Gesetz;
9. die Gewährung der vollen staatsbürgerlichen Rechte für die Lehrerschaft.

Die Ernährung der Bevölkerung von Halle.

Der wiederholte Notruf der jetzigen Reichsregierung, eingegeben von der Sorge um die Ernährung der Bevölkerung, hat auch in unseren Bevölkerungsschichten Befürchtungen wegen der künftigen Versorgung mit Lebensmitteln entstehen lassen, zumal man hat einsehen müssen, daß die überschwenglichen Hoffnungen auf die Hilfe der Vereinigten Staaten zunächst noch auf recht schwachen Füßen stehen. Indes dürfen wir auf Grund zuverlässiger Mitteilungen sagen, daß solche Befürchtungen für Halle nicht begründet sind, wenn die Witterungsverhältnisse uns nicht einen dicken Strich durch die Rechnung machen.

Nun die Rüstungsindustrie nicht mehr für den Krieg arbeitet, erheben sich Stimmen, die gegen die weitere Gewährung von Lebensmittelzulagen an die Schwer- und Schwerstarbeiter sich erklären. Man meint, daß diese Zulagen der Bevölkerung im allgemeinen zugute kommen sollen. Viele haben in diesen Kriegsjahren sehr schwer

Eine Massenkundgebung

muß die heute abend in den „Thaliasälen" von der Fortschrittlichen Volkspartei einberufene öffentliche Frauenversammlung werden.

Keine Frau darf zu Hause bleiben! Eine jede Frau muß durch ihr Erscheinen ihr Interesse an dem politischen Schicksal unseres Vaterlandes zeigen.

arbeiten müssen, schwerer als mancher Schwer- und Schwerstarbeiter, aber sie wurden dennoch von der Zulagenverteilung ausgeschlossen, weil sie mehr mit dem Kopfe als mit der Hand arbeiteten. Wenn nun aus diesen Kreisen Protest gegen die Weitergewährung von Zulagen an die ehemaligen Rüstungsarbeiter erhoben wird, so ist das unter bewandten Umständen verständlich. Indes ist hierin auch schon etwas Wandel geschaffen worden. Arbeiter, die nur eine tägliche Arbeitszeit von acht Stunden haben, erhalten die Zulage nicht mehr! Sie wird auf Anordnung des Regierungspräsidenten und höherer Stellen nicht mehr allgemein gewährt. Wohl aber da, wo noch die Voraussetzungen für die Notwendigkeit der Zulagen gegeben sind. In einiger Zeit dürfte jedenfalls eine allgemeine Regelung Platz greifen, wenn die Verhältnisse sich einigermaßen ausgeglichen haben.

Eine Massenkundgebung durch Umzug und Ansprachen vom Rathaus herab plant die hiesige Sozialdemokratie für Sonntag, den 1. Dezember, mit folgendem Programm: Von 12 bis 1 Uhr Treffpunkt aller Teilnehmer auf dem Roßplatz. Pünktlich um 1 Uhr Abmarsch des Demonstrationszuges mit Musik durch Ludwig-Wucherer-, Bernburger-, Geiststraße, Alte Promenade, Große Stein-, Magdeburger-, Leipziger-, Post-, Gr. Steinstraße. Auf dem Markt danach um 2 Uhr Beschluß der Kundgebung durch Ansprachen. Außer Mitgliedern des Arbeiter- und Soldatenrates wird voraussichtlich ein Mitglied der Berliner Volksbeauftragten-Räte über die politische Lage sprechen.

Provinzial-Nachrichten.

? **Merseburg**, 27. November. (Zur Einbringung der Ernte.) Der hiesige Bezirks-Arbeiter- und Soldatenrat beabsichtigt, im Interesse der beschleunigten Durchführung der Kartoffel- und Rübenernte sowie im Interesse der Kohlenversorgung, der Gespannot dadurch abzuhelfen, daß er von den bei der Demobilmachung freiwerdenden Pferden, Wagen usw. eine Anzahl mit Beschlag belegt und sie den daran Bedarf habenden Gemeinden unentgeltlich zur Verfügung stellt.

Dessau, 27 November. (Zur Sache des Oberbürgermeisters Ebeling) wird noch berichtet: Der Anhaltische Disziplinarhof hat in dem Disziplinarverfahren das eingeleitete Verfahren als nach dem Gesetze unzulässig eingestellt: gegen ordnungsmäßig pensionierte Beamte gibt es, wie Rechtsprechung und Wissenschaft einig sind, ein Disziplinarverfahren nicht. Damit ist dies Verfahren endgültig zugunsten des Beschuldigten erledigt, da es ein Rechtsmittel gegen die Entscheidungen des Disziplinarhofes nicht gibt. — Das eingeleitete gerichtliche Strafverfahren schwebt bekanntlich noch.

Zwochau, 28. Nov. (Der gutversorgte Gendarm.) Eine Haussuchung bei dem hiesigen Gendarmen, die der A.- und S.-Rat Delitzsch vornahm, förderte nicht weniger denn 5 Zentner Gerste, 1½ Zentner Gerstenschrot, 40 Pfund Weizenmehl 00, 40 Pfund Weizenschalen, 13 Pfund Grieß, 18 Pfund Graupen, 12 Fahrradmäntel und Fahrradschläuche zutage. Die Sachen wurden dem Landratsamt Delitzsch zugeführt und der Gendarm, nachdem ihm die Waffen abgenommen waren, vom Dienst entbunden.

Staßfurt, 28. Nov. (Der hilfreiche Onkel.) Der Kinnbacken wurde hier einem jungen Mädchen, das Zahnschmerzen litt, ausgerissen. Ein auf Besuch weilender Onkel konnte das Jammern der Gepeinigten nicht mit anhören. Er überredete daher die Nichte, sich von ihm den Zahn ziehen zu lassen. Nach vielem Zureden willigte seine Nichte ein. Der Oheim schlang um den kranken Zahn eine Drahtschlinge — Bindfaden hält nicht, meinte er — und zog aus Leibeskräften. Trotz des entsetzlichen Schreies der Gefolterten zog der Onkel ruhig weiter, bis der Zahn heraus war und die Kinnlade auch. Jetzt liegt das arme Mädchen im Krankenhause. Und ein Rechtsanwalt setzt die Klage gegen den Oheim auf wegen Schadenersatz.

Letzte Depeschen.

Aufruf der englischen Arbeiterpartei.

Amsterdam, 28. November. (Privat-Telegr.) Die englische Arbeiterpartei hat einen Aufruf erlassen, der einen Frieden durch internationale Verständigung verlangt. Sie wendet sich gegen die Geheimdiplomatie und gegen jeglichen Wirtschaftskrieg. Die Arbeiterpartei fordert als Hauptpunkt des Friedensvertrages eine internationale Arbeiterverfassung, die einen Bestandteil des Völkerbundes bilden soll. Die Partei lehnt jede Eingriffe auf dem Festlande zu Gunsten der Reaktion ab und fordert sofortige Zurückziehung der Verbandstruppen aus Rußland.

Lansdowne für Besetzung deutscher Häfen.

k. **Basel, 28. Nov. (Eig. Drahtnachricht.) „Daily Mail" veröffentlicht einen Brief Lansdownes, in dem er empfiehlt, die deutschen Hafenstädte zur Wiederherstellung gesetzlicher Verhältnisse in Deutschland zu besetzen.**

Poincare reist nach Straßburg.

WTB. **Rotterdam**, 28. Nov. Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet aus Paris: Die französische Regierung wird am 8. Dezember Straßburg besuchen. Poincaré, Clemenceau und die Botschafter der Verbündeten werden der Feier beiwohnen.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 28. November. Der Börsenverkehr litt unter hochgradiger Verstimmung infolge des Zwiespaltes zwischen Bayern und der Reichsregierung, fernerhin infolge der die Rentabilität der Industrieunternehmungen in Frage stellenden hohen Lohnforderungen der Arbeiter, sowie infolge der allgemeinen Unsicherheit der politischen Lage. Industriewerte erlitten recht empfindliche Einbußen, die sich bei Bochumer Gußstahl-Aktien bis auf 10 Prozent beliefen, bei Phönix auf 6 Prozent. Gut gehalten waren wiederum Rombacher und Lothringer Hüttenaktien. Auch Deutsche Kaliaktien blieben von dem allgemeinen Rückgang verschont. Der Markt der ausländischen Werte war geteilt. Russische Papiere, namentlich Bankaktien, stellten sich wesentlich höher. Auch fremde Anleihewerte, wie Chinesen und Chilenen, wurden zu höheren Kursen umgesetzt. Dagegen konnten italienische Werte und Mexikaner ihren gestrigen Gewinn nicht voll aufrechterhalten. Festigkeit zeigten ferner Schantung, Türkischer Tabak und Prinz-Heinrich-Bahnaktien. Von Schiffahrtswerten waren Deutsch-Australische im Gegensatz zu anderen gleichartigen Papieren gebessert. Deutsche Anleihen neigten, wie österreichische und ungarische, wiederum zur Schwäche. — Die Börse schloß matt zu den tiefsten Tageskursen. Die nur zu Einheitskursen gehandelten Industriewerte waren zum Teil empfindlich im Kurse gedrückt.

Devisenkurse.

Berlin 28 November.

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in Vergleichung zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

		Heute Geld	Heute Brief	Voriger Tag Geld	Voriger Tag Brief
New York	1 Doll.			—	—
Holland	100 fl.	[illegible]95,0[illegible]	295 50	29[illegible].50	290,50
Dänemark	100 Kr.	82,[illegible]0	[illegible]83.50	80.50	181.00
Schweden	100 Kr	20[illegible],[illegible]5	201,7	1[illegible]8,[illegible]5	198.75
Norwegen	100 Kr.	186 7[illegible]	187 [illegible]5	183.75	[illegible]84,[illegible]5
Schweiz	100 Fr.	142 75	143.00	[illegible]4[illegible],75	1[illegible]1.00
Wien } Budapest }	100 K.	54,20	54 30	54 20	54 30
Bulgarien	100 Leva	79.00	79.50	79,00	79,50

Konstantinopel Geld 20 50 Brief 20 40
für ein türkisches Pfund
Spanien Geld 136 00 Brief 137 00
für 100 Pesetas
Helsingfors 75.25 7[illegible],75 Deutsche Mark für 100 Finnische Mark.

Produktenbericht.

Berlin, 28. November. Im hiesigen Verkehr mit Bodenprodukten hielt die Nachfrage für Gemüsesämereien unverändert an. Auch Rüben aller Art sind gesucht und es erfolgen auch Abschlüsse, die natürlich die Freigabe der Ware zur Voraussetzung haben. Serradella bleibt schwach. In Heu und Stroh sind die Zufuhren äußerst knapp. Was herankommt, steht dem freien Handel kaum zur Verfügung. Von Ersatzstoffen sind Torfstreu und Heidekraut begehrt. Ferner sind Rapsstroh und Hülsenfruchtstroh zu industriellen Zwecken gesucht. Wetter trübe.

Dividendenerklärungen. Brauerei Pfefferberg vormals Schneider & Hillig, Akt.-Ges., in Berlin 8 (i. V. 10) Proz. — Brauerei Stern, Akt.-Ges., in Frankfurt a. M. 8 (i. V. 10) Prozent. — Brauerei Kempff, Akt.-Ges., in Frankfurt am Main, wieder 7 Proz. — Radebeuler Guß- und Emaillierwerke vormals Gebr. Gebler in Radebeul wieder 18 Proz. auf das erhöhte Aktienkapital aus einem Bruttogewinn von 521 986 (353 588) Mk. nach Abschreibungen von 164 613 (112 869) Mark bei einem Neuvortrag von 99 846 (81 522) Mk. — Schladitz-Werke, Akt.-Ges., in Dresden wieder 20 Proz. auf die Vorzugsaktien und wieder 15 Proz. auf die Stammaktien. — Wülfing, Dahl & Co., Akt.-Ges., in Barmen 13 (i. V. 15) Proz. aus einem Reingewinn von 0.60 (0.85) Mill. Mark und bei einem Neuvortrag von 0,21 (0,32) Mill. Mark nach 0,60 (0,69) Mill. Mark Abschreibungen.

Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg Akt.-Ges. Den ausführlichen Abschluß des Unternehmens, das für 1917/18 wieder eine Dividende von 18 Proz. in Vorschlag bringt, haben wir bereits mitgeteilt. Nach der jetzt vorliegenden Bilanz haben sich die Vorräte, Materialien und halbfertigen Fabrikate gegen das Vorjahr um 27 413 816 Mk. auf 96 502 818 Mk. vermehrt. Wechsel, Wertpapiere und Beteiligungen sind um 17 429 520 Mk. auf 34 492 663 Mk. gestiegen. Das Bankguthaben wird mit 9 719 437 Mark (6 605 316) ausgewiesen, während Außenstände eine Erhöhung um 19 447 671 Mk. auf 53 378 248 Mk. erfahren haben. Unter den Passiven ist die starke Steigerung der Anzahlungen von Bestellern hervorzuheben um 43 112 844 Mk. auf 81 752 208 Mark. Waren und sonstige Schulden betragen 38 563 332 Mark (26 072 234).

Die Vereinigte Stralsunder Spielkartenfabriken Akt.-Ges. haben im Geschäftsjahr 1917/18 einen Betriebsüberschuß in Höhe von 1 641 822 Mk. (i. V. 1 274 418 Mk.) erzielt. Die allgemeinen Geschäftsunkosten haben sich von 812 203 Mk. auf 1 198 264 Mk. erhöht. Nach Abschreibungen von 100 000 Mk. (200 000) verbleibt ein Ueberschuß von 340 002 Mk. (266 687). Die Verwaltung schlägt vor, eine Dividende von 16⅔ Proz. (12½) zu zahlen und 80 000 Mk. (30 000) der Sonderrücklage zu überweisen. In der Bilanz werden u. a. aufgeführt Betriebsvorräte mit 228 258 Mk. (556 303) und Außenstände und Bankguthaben mit 927 932 Mk. (913 870). Kreditoren haben 410 497 Mk. (428 905) zu fordern.

Verantwortlich für den politischen Teil: Carl Helms; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Sport, und Briefkasten. Heinrich Mieschner; Feuilleton, Unterhaltungsblatt Vermischtes usw.: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: P. Hackenbracht.
Druck und Verlag von Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19181129011/fragment/page=0004